

einmal die primitivsten Kenntnisse über die Verhältnisse in der Sowjetunion besaßen, daß die meisten einen direkten Kontakt mit einfachen, normalen sowjetischen Menschen wünschten, daß vielen die so maßlos übertriebene Lobhudelei hinsichtlich der Errungenschaften der Sowjetunion gründlich zuwider gewesen ist. An dieser Einschätzung der Gesellschaft hat sich bis zum Ende der DDR wohl nichts Wesentliches geändert. Das zeigt ihr rapider Schrumpfungsprozeß nach dem 9. November 1989. Bis zum Februar 1991 schmolz die zweitgrößte Massenorganisation nach dem Gewerkschaftsbund von 6,3 Millionen Mitgliedern – das waren 37 % der DDR-Bevölkerung – auf 20.000 = 0,1 % zusammen. Neben dem staatlichen Zwang war am 9. November 1989 auch die „inoffizielle Rolle“ der DSF weggefallen. Sie war von den Apparatschiks als eine jener Organisationen eingeordnet worden, bei der die allein zahlende Mitgliedschaft als Nachweis gesellschaftlicher Aktivität anerkannt wurde. Eine private Nische brauchte zwischen Elbe und Oder nun niemand mehr durch solchen Nachweis abzusichern.

Wenn Russen und Rußland heute in der gesamtdeutschen Bevölkerung verbreitet große Sympathien genießen, dann ist das also kaum dem Wirken der DSF, sondern vor allem der Person und der Politik Gorbatschows zu verdanken.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Vielen Dank, Herr Professor Dralle. Man fragt sich unwillkürlich, was eine solch erzwungene Völkerfreundschaft diesem durch viele Ereignisse belasteten Verhältnis zwischen Deutschen und Russen angetan haben mag. Vielen Dank an die drei Vortragenden und an diejenigen, die das vorbereitet haben.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich habe die Frage, welche Rolle Johannes R. Becher und der gesamte Kulturbund bei der Aussonderung oppositioneller Künstler gespielt hat.

Zur DSF habe ich folgende Fragen: Wußten Sie, daß 80 % der Arbeitnehmer in der DDR die Auszeichnung „Sozialistisches Kollektiv“ trugen und daß man nur etwas erreichen konnte, wenn man Mitglied der DSF war? Wußten Sie, daß man gezwungen wurde, in die DSF einzutreten, wenn man studieren wollte? Ich frage das deshalb, weil beides in unserem Leben eine große Rolle gespielt hat.

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Heider. Können Sie etwas zu den Beziehungen zwischen dem Kulturbund und dem Schriftstellerverband sagen, etwa zur Rolle Hermann Kants?

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Zum Vortrag von Herrn Professor Dralle habe ich eine Anmerkung: Sie hatten davon gesprochen, daß die Prononcierung der sowjetischen Kunst, nämlich der Theaterwissenschaften und der Theateraufführungen, von ganz herausragender Bedeutung für das Wirken und das Erscheinungsbild der Gesellschaft gewesen ist. Sie haben etwas ganz

Wichtiges vergessen, nämlich den sowjetischen Film. Dazu gab es Zwangsveranstaltungen; ganze Betriebe wurden abgeordnet, diese Filme anzusehen.

Zum Selbstverständnis dieser Organisation ist zu sagen, daß sie zwar „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hieß. Das Eigenverständnis war aber so hoch, daß das „G“ weggelassen wurde und man nur noch von „DSF“ gesprochen hat. „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ stand für die Gesellschaft. Das ging soweit, daß in offiziellen staatlichen Fragebögen statt „GDSF“ „DSF“ stand. Die Blockparteien hatten dazu ein anderes Verständnis; in deren Fragebögen stand „GDSF“.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Hat es in der Anfangsphase des Kulturbundes Pluralismus gegeben? Hat man Pluralismus genehmigt? Nach der Nazizeit war das in Deutschland das Neue, daß nicht nur eine Meinung zur Geltung kam. Es kam z. B. die von den Nazis als entartet bezeichnete Kunst zurück. Es kam die Jazzmusik aus den USA usw. Inwieweit hat dieser Pluralismus, dieses Hineindringen von Kunstrichtungen, die in der NS-Zeit verboten und unbekannt waren, eine Rolle gespielt?

Sie haben die Bemerkung gemacht, daß alte Pgs in den Kulturbund aufgenommen wurden. Ich stelle die Behauptung auf – und dafür gibt es Belege –, daß die SED und vorher die KPD bestimmte, wer alter Nazi war. Insofern würde ich diese Begebenheit vorsichtig bewerten.

An Herrn Braun habe ich die Bitte, die Situation der Katholiken im Eichsfeld vertiefend zu erläutern.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe eine Frage zur Finanzierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Hatte die Gesellschaft Finanzautonomie, oder hat es indirekte Finanzierungsmodelle gegeben? War aufgrund des Beitragsaufkommens das Finanzvolumen so hoch, daß man noch andere Institutionen mitfinanzieren konnte, oder hat die Gesellschaft aus anderen Quellen Mittel erhalten? Im Hinblick auf die Struktur der Gesellschaft wäre es wichtig, dies zu erfahren.

Auch zum Kulturbund stellt sich die Frage, ob dieser aus dem öffentlichen Haushalt finanziert worden ist oder ob es andere Formen der Finanzierung gegeben hat. Das ist wichtig zu wissen, denn die finanzielle Selbständigkeit wäre ein Ausdruck von relativer Unabhängigkeit.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Mir ist aufgefallen, wie trotz der Verbreitung des russischen Sprachunterrichts in den Schulen die russische Sprachfähigkeit der Menschen relativ gering ausgeprägt gewesen ist. Das hängt sicherlich mit der mangelnden Übung zusammen; mit den stationierten Militärs durfte man nicht sprechen. Könnte es aber auch sein, daß es mit einer Aversion gegenüber Russen und der russischen Sprache zusammenhängt?

Meine weitere Frage richtet sich an Herrn Dr. Braun: Welche Rolle spielte im Selbstverständnis der Geschichte der DDR die „Thüringen-Phase“?

Prof. Dr. Lothar Dralle: Der Zwang zum Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war von Anfang an groß. Der Zwang wurde in der SED selbst ausgeübt. Auf dem III. Parteitag ist kontrolliert worden, ob die Delegierten Mitglied der DSF gewesen sind.

Der Kulturbereich – Theater, Musik, Literatur – ist relativ schnell stark zurückgetreten zugunsten des rein propagandistischen Sektors, zu welchem ich stillschweigend den sowjetischen Film gerechnet habe. Die Masse der Filme, die man sich anschauen mußte, war entsetzlich. Es gab ganz wenige Ausnahmen.

Das Eigenverständnis der Gesellschaft, daß sie auf das „G“ glauben verzichten zu können, war dadurch bewirkt, daß die Kommunistische Partei im Frühjahr 1944 der Auffassung gewesen ist, daß das Nachkriegsdeutschland mit allen seinen Nachbarn in Frieden, mit der Sowjetunion aber in einer besonderen Freundschaft leben sollte. Der Präsident der DDR und Ehrenpräsident der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ hat die Freundschaft zur Sowjetunion zur Herzenssache aller Deutschen erklärt. Das hat den Funktionären der Gesellschaft – nicht unbedingt den Mitgliedern – gegenüber allen anderen Massenorganisationen eine relativ starke Stellung gegeben. Sie haben wirklich geglaubt, daß der Apparat der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ ganz allein die Freundschaft zur Sowjetunion repräsentieren kann.

Die Finanzierung war ein heikles Problem. Zu Beginn waren die Beiträge so niedrig, daß die Gesellschaft nicht existieren konnte. Sie betragen zwischen 10 Pfennig und einer Mark. Zusätzlich hatte ihr die SMAD ein riesiges Finanzproblem aufgehalst. Den Ortsgruppen wurden Häuser aufgedrängt, die sie renovieren und einrichten mußten. Was das im Jahre 1947 bedeutet hat, kann sich jeder vorstellen. Im Frühjahr 1948 war es so, daß fast alle Landesverbände von den Schulden erdrückt wurden; sie hatten etwa 300.000 Mark Verbindlichkeiten, die sie nicht begleichen konnten. Zunächst haben sie versucht, Kredite aufzunehmen. Das wurde ihnen von der Zentrale untersagt. Schließlich wurde die Lösung gefunden, daß die öffentliche Hand die Schulden der Gesellschaft übernahm und daß der Gesellschaft in den meisten Landeshaushalten etwa 400.000 bis 500.000 Mark pro Jahr avisiert wurden. Diese Art der Finanzierung durch die öffentliche Hand dauerte bis zum Beginn der sechziger Jahre. In der Zwischenzeit hatte die DSF zwar die Beiträge erhöht, aber ihr organisatorisches Potential war nicht so groß, daß sie die Beiträge alle einsammeln konnte. Das schaffte sie erst Anfang der sechziger Jahre. Von da an reichte das Beitragsaufkommen für die Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. In der Regel blieb sogar etwas übrig.

Die Gesellschaft konnte also großartige solidarische Spenden nach Vietnam usw. geben oder in der Endphase Päckchen in die Sowjetunion schicken.

Es handelte sich also um eine mehrstufige Finanzierung. Die Anschubfinanzierung erfolgte durch die SMAD und zwar, wie Oberst Tjulpanov das formuliert hatte, aus dem Profit der „Täglichen Rundschau“. Von diesem Geld wurde den Landesgesellschaften 1 Million Mark überwiesen. Aus den Quellen lassen sich maximal 750.000 Mark nachweisen. Eine Viertelmillion Mark ist auf der Strecke geblieben. Vielleicht hatte er auch nur eine runde Zahl gewählt.

Dr. Magdalena Heider: Ich beantworte zwei Fragen zusammen, und zwar die Frage nach der Rolle Johannes R. Bechers und des Kulturbundes gegenüber Oppositionellen und die Frage nach dem Pluralismus. Dazu müssen Phasen unterschieden werden. In der Frühphase vor 1948 kamen z. B. zur Dresdner Kunstausstellung, in der Werke gezeigt wurden, denen die Sowjets widersprochen haben, 70.000 Besucher. Diese Pluralität stieß bei den Deutschen, die das nicht gewohnt waren, auf Widerstand. In den Archiven der PDS, des Kulturbundes und des Becher-Archivs ist nichts zu finden, daß der Kulturbund Druck auf Künstler ausgeübt hätte. Damals waren die Grenzen noch offen, deshalb hatte es ein natürliches Ausscheiden gegeben, entweder den Austritt oder die Übersiedlung nach Westdeutschland.

Ab 1948 wurde der sozialistische Realismus, diese Kunst doktrin, immer mehr durchgesetzt. Dazu ist eine Aussage Ulbrichts bekannt, wonach die Parteigenossen Künstler ihre eigene Meinung haben könnten, nach außen hätten sie sich aber als sozialistische Realisten darzustellen. Zu dem Thema haben im Kulturbund aber kaum Diskussionen stattgefunden – zumindest habe ich in den Archiven nichts gefunden. Das liegt aber wohl daran, daß sich weder die Philatelisten noch die Ornithologen für dieses Thema interessierten. Lediglich die Künstlerverbände hätte es interessieren können. Sie hatten sich erst 1950/51 im Kulturbund konstituiert, vorher waren sie selbständig oder als „Schutzverband Deutscher Autoren“ in der Gewerkschaft integriert. Bei ihrer Gründung wurde ihnen versichert, daß sie eine gewisse Selbständigkeit haben werden, die sie tatsächlich auch hatten. Lediglich im Schriftstellerverband hat es Kritikpunkte gegeben. Ich habe allerdings kein Beispiel gefunden, das belegen könnte, daß vom Kulturbund Druck ausgeübt wurde.

Was Johannes R. Becher anging, so hatte er zum sozialistischen Realismus eine differenzierte Haltung. Auf der ZK-Tagung hat er darauf hingewiesen, daß nicht alle Realisten Sozialisten seien, und gesagt, daß die Betriebsliteratur während der NS-Zeit durchaus realistische Literatur sei, noch lange aber keine sozialistisch-realistische. Er hat sich in dieser Frage stark zurückgehalten.

Der Kulturbund mit seinen vielen verschiedenen Interessenrichtungen war nicht so ohne weiteres zentralistisch zu organisieren. Bei der Führungsspitze und den Landesvorständen später mag das noch geklappt haben. Darunter war es schwierig. Ich möchte Johannes R. Becher nicht allzu sehr loben, aber ich

habe den Eindruck, daß er erstens kein Organisator gewesen ist, daß er aber auch nicht versucht hat, den Verein von jemand anderem durchorganisieren zu lassen.

In der Frühzeit vor 1948 hatten Kulturbund und Schriftstellerverband relativ viel Spielraum. Wahrscheinlich war der Schriftstellerverband für die Parteiarbeit wichtig. Durch ihre Mitgliedschaft im Kulturbund hatte man die Schriftsteller unter Parteikontrolle.

Zur Aufnahme von Pgs ist zu sagen, daß in der Anfangsphase des Kulturbundes die Umerziehungsaufgabe wichtig gewesen ist. Das geht aus Satzung und Archivhinweisen hervor. Es wurde argumentiert, daß niemand etwas davon habe, wenn die Pgs ausgestoßen würden, denn dann könnten sie eine Gefahr für das politische System werden. Wenn sie jedoch integriert, kontrolliert und umerzogen würden, könnten sie neutralisiert werden; damit sei ein Stück gewonnen. Außerdem hat es Vorbehalte gegeben, daß sie nicht in Führungspositionen kommen dürften.

(Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Wissen Sie das nur aus den Akten des Kulturbundes?)

– Ich habe zwar Zeitzeugen interviewt, jedoch nicht im Hinblick auf dieses Thema. Meine Aussagen zur Aufnahme von Pgs stützen sich auf Material des Kulturbundes.

Zur Finanzierung des Kulturbundes gibt es den Hinweis darauf, daß 1945 die KPD dem Kulturbund 2.000 Mark finanzielle Unterstützung gegeben hat. Außerdem gab es Mitgliederbeiträge. Zusätzlich erreichte der Kulturbund über die Veranstaltungen viele Leute. Davon hat es Eintrittsgelder gegeben. Auch vom Aufbauverlag hat der Kulturbund Geld bekommen.

Dr. Günter Braun: Frau Dr. Wilms, Sie hatten mich gebeten, daß ich zum katholischen Eichsfeld noch etwas sage. Ich halte das Eichsfeld, insbesondere den Landkreis Heiligenstadt bzw. Worbis, für unbedingt erforschenswert. Das wurde bislang noch nicht intensiv betrieben.

Ich bin auf das Eichsfeld schon früh durch ein Forschungsprojekt, das ich zu den ersten Nachkriegswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone gemacht habe, gestoßen. Dort hat es damals überhaupt den höchsten CDU-Stimmenanteil in der SBZ gegeben. Bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen hat die CDU ca. 63 % errungen. Das Stimmverhalten setzte sich bei der Delegiertenwahl zum Dritten Volkskongreß 1949 fort. Dort lag, selbst wenn man die ungültigen Stimmen und die hinzugefälschten Ja-Stimmen mitzählt, ein Nein von über 50 % vor.

Außerdem ist mir das Eichsfeld bei den Studien im PDS-Archiv Erfurt untergekommen. Dort liegen die Akten des SED-Landesverbandes Thüringen. Da ist mir das Eichsfeld häufig begegnet, weil die SED besondere Schwierigkeiten hatte. In einem Fall wird das ganz drastisch. 1950 wird zunächst eine

FDJ-Agitationsgruppe für eine Woche lang ins Eichsfeld geschickt. Sie berichten danach über ihre Erkenntnisse. Allerdings hatten sie Pech, weil gerade Fasching gewesen ist. Der dortige Kreissekretär der SED wurde nach Weimar zitiert, und er mußte längere Zeit berichten, was dort los ist. Dort wurde über das Organisationsverhältnis gesprochen, es wurde erzählt, daß unbedingt die Lehrer ausgetauscht werden müßten, daß es noch Nonnen gebe, die Unterricht halten, usw.

Außerdem wäre es interessant, das Eichsfeld dahingehend zu untersuchen, welche Maßnahmen die SED unternommen hat, um den Katholizismus aufzubrechen. Es wurden sehr viele ökonomische Maßnahmen getroffen. Man hat versucht, Industrie anzusiedeln, zwar möglichst weit von der Grenze weg. Anfänglich hat es sehr viele Arbeitskräfte gegeben, die im Westen gearbeitet haben. Das hat zusätzlichen negativen Einfluß gehabt.

Die Frage, inwieweit die Buntscheckigkeit Thüringens in der DDR rezipiert wurde, kann ich nur von der historischen Forschung der DDR her beantworten. Danach war die komplette US-Besetzung des Landes bis Ende Juni 1945 immer ein interessantes Thema, weil man daran die vermeintlich falsche Politik der US-Besatzer aufzeigen konnte. Darüber gibt es einige Dissertationen in der DDR. Ebenso haben sich einige Wissenschaftler mit der Rolle Hermann Brills beschäftigt, um Gegenpositionen zur westlichen Forschung einzunehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Margot von Renesse: Noch einmal herzlichen Dank, speziell an die drei Vortragenden und an diejenigen, die aus eigenem Erleben und Erleiden berichtet haben. Ich denke, wir haben sehr viele, sehr eindrucksvolle Facetten des Lebens in der Frühphase der DDR erhalten.

Ende der Sitzung 16.00 Uhr